

Ressort: Politik

Grüne wollen Ministerium für Energiewende

Berlin, 02.09.2013, 02:45 Uhr

GDN - Die Grünen wollen im Fall einer Regierungsbeteiligung ein eigenes Ministerium für die Energiewende schaffen und erheben zugleich den Anspruch, es zu besetzen. Man wolle "die zentralen Kompetenzen für die Energiewende in einem Ministerium in grüner Hand bündeln", heißt es im Grünen-Programm für die ersten 100 Tage nach einem Regierungswechsel, das der "Süddeutschen Zeitung" (Montagsausgabe) vorliegt.

Zudem wolle man die Verbraucher "durch die Rückführung der Befreiungen bei den Netzentgelten" und der Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz um vier Milliarden Euro entlasten, um "finanzielle Spielräume für den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien" zu schaffen. Das Programm soll an diesem Montag vorgestellt und am Samstag vom Grünen-Länderrat in Bamberg beschlossen werden. Die Grünen zählen in ihrem sogenannten 100-Tage-Programm weitere konkrete Schritte auf, mit denen sie den "grünen Wandel" einleiten wollen. Dieser sei "das Kontrastprogramm zur schwarz-gelben Klientelpolitik", ebenso aber zu einer großen Koalition. Sollten sie nach der Wahl am 22. September an einer Regierung beteiligt sein, wollen die Grünen zudem "die Subventionen für Mega-Mastanlagen und Schlachtfabriken sowie die Privilegierung der Massentierhaltung im Baurecht streichen" und "den massiven Antibiotikamissbrauch in den Ställen" beenden. Sie wollen das Betreuungsgeld abschaffen und in der Kinderbetreuung einen besseren Personalschlüssel sicherstellen: Im Kinder- und Jugendhilfegesetz wollen sie "eine Fachkraft-Kind-Relation" von eins zu vier für Kinder unter drei Jahren festschreiben und von eins zu zehn für Kinder, die älter sind als drei. Außerdem wollen sie eine Vermögensabgabe einführen, den Spitzensteuersatz erhöhen, "unverzüglich auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer drängen", die doppelte Staatsbürgerschaft generell ermöglichen und per Gesetz "den Export von Waffen und Überwachungssoftware in Staaten mit fragwürdiger Menschenrechtspraxis unmöglich" machen. Spitzenkandidatin Katrin Göring-Eckardt sagte, das 100-Tage-Programm der SPD habe gezeigt, warum "starke Grüne" unverzichtbar seien: "Klimaschutz, Energiewende, Agrarwende: Fehlanzeige. Hier werden wir die SPD antreiben." Ihr Ko-Spitzenkandidat Jürgen Trittin betonte, die Wahl werde in den letzten drei Wochen entschieden.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-20901/gruene-wollen-ministerium-fuer-energiewende.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619